



## Massenarbeitslosigkeit, Depression, Gewalt Hintergründe der Gewalt in den neuen Bundesländern.

Wer über die rechtsextreme Gewalt von Rostock spricht, muß auch über die Probleme sprechen, die sich hinter der Gewalt zeigten.

Mittlerweile muß von einer Unterbeschäftigungsrate von ca. 50% in den neuen Bundesländern ausgegangen werden. Es gibt Regionen wie Altenburg, in der von einer Unterbeschäftigung von 70% ausgegangen wird. Viele Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz, viele, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, erhalten keine Festanstellung. Bei solchen Bedingungen macht sich Depression breit. Apathie hat viele ehemalige DDR-Bürger angesteckt, und angesichts der unmöglichen Situation, der katastrophalen Arbeitsmarktlage, schlägt diese um in Gewalt. Dies gilt nicht nur für die medienwirksamen Gewaltspektakel, dies gilt auch im kleinen, wie man an den vielen mutwillig zerstörten Telefonhäuschen sehen kann.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich zu. Noch immer ist kein Geld für die durchgreifende Sanierung der schlechten Wohnungsbestände vorhanden. Die wenigen gut sanierten Wohnungen werden zu Mietpreisen an "Wessies" vermietet, an denen die Frankfurter Mieten sich harmlos ausnehmen. Aus ungeklärtem Eigentumsrecht verfallen weiter viele Gebäude. Einen sozialen Wohnungsbau, wie er dringend benötigt wird, vermißt man ganz. Wer erlebt hat, in welch beengten Verhältnissen oft kinderreiche Familien hausen - vor allem dann, wenn sie nun durch Arbeitslosigkeit den größten Teil ihrer Zeit in der Wohnung selbst verbringen müssen - kann sich die Spannungen in der Gesellschaft leichter vorstellen und erklären. Gerade in den Plattenbauvororten brach nach der Wende das kulturelle Angebot völlig zusammen. Wie immer auch die ideologische Ausrichtung Staatsziel war, die Kulturgruppen ließen sich nicht alle plump ideologisieren. Beethoven oder Goethe waren nicht total vereinnahmbar, und nicht jede Wanderung auf dem Rennsteig diente zur Ertüchtigung gegen den Klassenfeind im Westen. Viele identitätsstiftende Einrichtungen, vor

allem Theater, Opern und Orchester, stehen nun vor dem Aus. Gerade für die Bürger in Thüringen z.B. bedeuteten diese Einrichtungen auch den Ausblick auf Außerrealsozialistisches. Wo die Kultur zusammenbricht, hört auch alsbald die Toleranz auf.

Mühsam suchen nun Vereine einen kulturellen und sozialen Ausgleich herzustellen. Nur schwer kommen sie aus den Kinderschuhen. Wo jeder sich selbst der Nächste ist, fällt es schwer, ehrenamtliche Kräfte zu finden. Und wo die Mark knapp ist, überlegt man es sich doppelt, ob man Mitglied in einem Verein werden soll. Hinzu kommt, daß 1990/91 das gastronomische Angebot durch die Privatisierung fast völlig zerschlagen wurde und die jetzt langsam sich entwickelnde Gastronomie noch immer rar, vor allem aber für viele zu teuer ist. Der Alkoholismus ist gerade in den fünf neuen Bundesländern kein neues Problem, dafür aber ein immer massiver werdendes. Den altgewohnten Tagesablauf gibt es nicht mehr, einen geregelten neuen haben viele noch nicht.

Die Kommunen wären eigentlich in dieser Lage gefordert. Aber die Gelder für Sozialprogramme fehlen, abgesehen davon, daß es auch keine ausgebildeten Sozialarbeiter gibt. Die Hoffnung auf schnelle Besserung sinkt, und die Mittel zur Abfederung der sozialen Härten, der Arbeitslosigkeit, der drohenden Wohnungslosigkeit, schwinden. Dies war abzusehen, wurde aber vor allem von den Regierenden beschwichtigend zur Kenntnis genommen. Unter diesen Bedingungen haben Rechtsextreme unmittelbar nach der Wende ihre Agitation aufgenommen und heute, unter katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, relativ leichtes Spiel die Enttäuschten, sich betrogen Fühlenden, Ausgrenzten zu sammeln. Von Anfang an haben sämtliche rechtsradikale Gruppierungen versucht, in den fünf neuen Bundesländern Fuß zu fassen. Dabei gab es Schwerpunkte wie Leipzig oder Halle, aber auch in mittleren und kleineren Städten versuchten sie, über Veranstaltungen ihre Mitgliederbasis aufzubauen. In

Thüringen z.B. in Städten wie Weimar, Arnstadt, Gera oder Mühlhausen. Da ein funktionierender exekutiver Apparat anfangs fast völlig fehlte, konnten sie meist ungehindert auftreten. Die alten Blockparteien waren mit ihrer z.T. roten Vergangenheit beschäftigt, die neugegründete Sozialdemokratie viel zu schwach, um gegen die überlandfahrenden rechten Agitatoren anzugehen. Selbst die Gewerkschaften haben diese Gefahr unterschätzt. Erst seit den häßlichen Szenen von Rostock ist vielen Demokraten deutlich geworden, daß die Demokratie in den neuen Ländern noch keineswegs gesichert ist. Ideologisch von Westagitatoren angeleitet stößt nun alte, nationalistisch intolerante Ideologie auf neues Elend. In der eigenen Hilflosigkeit, die Wende zum Positiven evtl. zu verpassen, wird nach simpelsten Mustern die Antwort gesucht, die Handlung vortäuscht. Mit der Schablone Gut und Böse, deutsch und nicht-deutsch sollen Schwächere ausgegrenzt, vermeintliche Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt dämonisiert, das eigene Gefühl der Benachteiligung durch Parolen überschrien werden.

In Gesprächen mit den Bürgern wird immer wieder deutlich, wie sehr sie sich noch von den Westdeutschen von oben herab behandelt fühlen. Deutschsein, so verspürt man gerade in solchen Umbruchzeiten, hat wohl auch etwas zu tun mit der Frage, ob ich noch Arbeit habe, ob ich mir Prestigegegenstände leisten kann, wie ich mich ausstatte. Wir erinnern uns doch noch der Zeit, in der man Ostdeutsche an den nagelneuen weißen Turnschuhen erkennen konnte. Und noch immer sehen sich viele Ostdeutsche auf die Füße gesehen. Die Einstellung, vom Westen nicht akzeptiert und den anderen im Osten zeigen, daß man nicht so ist wie sie, dies ist eine weit verbreitete Grundstimmung in den neuen Ländern.

Gerade die Erfahrung, die viele sehr persönlich mehrfach in der Familie machen mußten, in die Arbeitslosigkeit abzustürzen und nicht zu wissen, wann man wieder Arbeit bekommt, empfinden viele als Fall ins Bodenlose. Da helfen denn auch nicht mehr jene Konsumfetische des Westens, die kurzfristig Trost sein konnten. In dieser Situation werden dann Verantwortliche gesucht und angeblich Schuldige gefunden. Die Verantwortlichen von der Treuhand, hinter der ja das Eingigungskonzept der Bundesregierung steht, waren für die meisten nicht greifbar. Sichtbar aber waren die Vietnamesen und Afrikaner an der Straßenecke mit den Billigzigaretten, sichtbar waren die polnischen fliegenden Händler. Und sichtbar waren jetzt die Asylsuchenden bzw. Auswanderer. Die eigene Ohnmacht kulminiert in Angriffen auf das vermeintlich Fremde. Angesichts solcher Überlegungen ist der Übergang vom Gaffer zum Beifallsspendender bis hin zum Täter fließend.

Dies alles war vorauszusehen und hätte eigentlich eine klarere Prävention nötig gemacht. Es war ein Fehler, die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland einem z.T. quasi-rechtsfreien Raum auszusetzen. In den Jahren 1990 und 1991 funktionierten weder die Gerichte noch die Polizei in ausreichendem Maße. Rechtsextreme konnten so u.a. auch Jugendzentren, etwa in Weimar, Halle und Ostberlin, als Ausgangsbasis nutzen. Den juristischen Apparat für fast 2 Jahre stark unterbesetzt

zu halten und die Polizeikräfte materiell und personell auszudünnen, bedeutet für den heutigen Bürger eine große Verunsicherung bezüglich der Zuverlässigkeit des demokratischen Rechtsstaates..

Die Radikalität der ostdeutschen rechtsextremen Szene erklärt sich z.T. aus der plötzlichen Entwurzelung, der völligen Orientierungslosigkeit, der Arbeitslosigkeit, den hochgespannten Erwartungen, die man mit der Wende hatte und die sich nun als sozialer Niedergang entpuppen. Wie in einer Zeitmaschine erlebt man die eigene Degradierung und hält sich an eine Gruppe, die einem einen vermeintlichen Sieg verspricht, und sei es ein Sieg der Gewalt.

Pauschale Anschuldigungen verunsichern sie nicht. Im Gegenteil. Daraus wird das Muster der generellen Abwehrhaltung gestrickt: Im Zusammenrücken wird das Erlebnis nachgeholt, was der Einzelne als Einzelner nicht mehr erleben kann: Bestätigung - und sei es durch die beifallsspendenden Gaffer. Wo man gesellschaftlich keinen Einfluß mehr hat, ist selbst die verfemte Tat noch Aktion, die vermitteln soll, daß man das Heft in der Hand hat. Mit Argumenten ist hier nur schwer beizukommen. Die Jugendlichen von Rostock benötigen Arbeit, eine Perspektive für ihr Leben, sinnvolle Beschäftigung und mehr demokratische Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Letzteres muß aber auch erst eingeübt werden.

In dieser Situation scheint es am sinnvollsten zu sein, daß bei gesetzesbrecherischen Aktionen der Rechtsstaat Flagge zeigen muß. Parallel jedoch müssen langfristige soziale und politische Programme aufgelegt werden, die ein demokratisches Bewußtsein erst ermöglichen.

Die Polizei und die Justiz in den neuen Ländern müssen möglichst zügig auf den Stand gebracht werden, der nötig ist, den Rechtsstaat augenscheinlich für den Bürger zu sichern. Daneben haben bekannte Funktionsträger wie Politiker, Kirchenmänner, Gewerkschafter u.a. sich stärker öffentlich für die rechtsstaatlichen Garantien einzusetzen. Überlegt werden kann z.B., ob nicht Minister, Landräte, Bischöfe, Gewerkschaftsfunktionäre, Unternehmer u.a. zusammen mit den Asylsuchenden durch die Stadt gehen sollten, um zu demonstrieren, daß man sich nicht der Gewalt der Straße beugt und das Grundgesetz demontieren läßt.

Es mangelt eklatant an Aufklärung über die wahren Um- und Zustände in den Unterkünften. Viele Bürger in den neuen Bundesländern gehen immer noch davon aus, daß Asylsuchende mit wahren Geldgeschenken überhäuft würden und haben großenteils keine Kenntnis davon, daß Asylsuchende nicht arbeiten dürfen. Über die Differenzierung Aussiedler, Auswanderer, Asylsuchender und Flüchtling besteht nach wie vor große Unkenntnis. Hier aber haben die relevanten gesellschaftlichen Gruppen einen Integrations- und Aufklärungsbeitrag zu leisten. Gerade das Reichsbanner wäre aufgrund seiner historischen Erfahrung verpflichtet, den Haß zu bekämpfen und vor den Gefahren blinder Wut sowie ethnischer Ausgrenzung zu warnen. Mit Sätzen wie: "Thüringen den Thüringern", ist eine europäische Einheit, die wir benötigen, nicht zu schaffen. Über die Frage des Zuzugs von Auswanderern, die Aufnahme von Flüchtlingen, die steigende Zahl von

Einwanderungswilligen kann nicht rein tagespolitisch diskutiert werden. Diese Fragen erfordern einen breiten Konsens in der Bevölkerung und selbst die Einübung von Eigenschaften, die zwar immer angemahnt werden, aber selten vorhanden sind: Verständnis, Hilfsbereitschaft, Opferbereitschaft, Toleranz - aber auch Aufrichtigkeit über mögliche Grenzen. Das Reichsbanner sollte sich im überparteilichen Dialog mit diesen Fragen befassen. Ihre Lösung wird entscheidend zur Stabilisierung des inneren Friedens in unserem Lande beitragen. Wenn der gesellschaftliche Dialog nicht gelingt, droht auch der Demokratie eine Niederlage. Dies gilt insbesondere in den neuen östlichen Bundesländern. Der Rechtsstaat hat sich dort zu zeigen, gleichzeitig jedoch sind endlich auch Schritte zu unternehmen, die aus der Depression und der wirtschaftlichen wie sozialen Dauerkrise in diesen Ländern herausführen. Die alltägliche Gewalt zeigt, daß nicht mehr viel Zeit bleibt. Demokratie kann nicht in der Dauerkrise gedeihen.

*Alexander Matwejew*

## Gedanken zum 20. Juli

Mit Zustimmung habe ich zur Kenntnis genommen, daß der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion anläßlich seiner Gedenkrede zum 20. Juli erklärte, die Männer und Frauen des Widerstandes hätten Maßstäbe gesetzt, die es uns Deutschen ermöglicht haben, unsere Würde wiederzuerlangen. Leider bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß hier nur eine sich jährlich wiederholende Pflichtübung vorgenommen wurde; denn wie wir unsere Widerstandskämpfer wirklich behandeln, spottet jeder Beschreibung. Auch Herrn Schäuble sind doch wohl die mutigen Worte des Generalfeldmarschalls Erwin von Witzleben bekannt, die er vor seiner Verurteilung voller Verachtung dem Blutrichter Freisler zurief: "Sie können uns dem Henker überantworten. In 3 Monaten zieht das empörte und gequälte Volk Sie zur Rechenschaft und schleift Sie bei lebendigem Leib durch den Kot der Straßen." So hätte es sein müssen. Aber zum Glück für die Blutrichter des Volksgerichtshofes gab es einen "demokratischen" Bundesgerichtshof, der es durch das Urteil vom 7.12.56 unmöglich machte, die Nazi-Blutrichter zu verurteilen. Auch dieses Urteil erging im Namen des Deutschen Volkes.

So ehren wir unsere Helden.

Aber es kommt noch viel schlimmer.

Anfang Juli dieses Jahres war ich mit meiner Frau und meinen Töchtern in Berlin. Zuerst besuchten wir das ehemalige Oberkommando der Wehrmacht, wo sich die Hinrichtungsstätte Stauffenbergs und seiner Mitverschworenen befindet. Vor der Mauer, wo sie standesrechtlich erschossen wurden, lag ein kleiner verwelkter Blumenstrauß, sonst nichts. Auch in den Räumen der Gedenkstätte selbst waren wir die einzigen Besucher. Ehren wir unsere Helden nur am 20. Juli?

Beim anschließenden Besuch des Reichstages sahen

wir hinter dem Reichstagsgebäude eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die Maueropfer, die über und über mit frischen Blumen geschmückt war. Welch ein Unterschied zur Gedenkstätte in der Stauffenbergstraße. Aber so ist das wohl in Deutschland. Den Opfern einer Diktatur scheint man mehr verbunden zu sein als den wirklich aktiven Widerstandskämpfern gegen eine Diktatur. Selbstverständlich muß der Maueropfer gedacht werden. Selbstverständlich sind diese Blumen richtig und wichtig. Aber: Opfer und Widerstandskämpfer gegen alle Diktaturen sollten gleich behandelt werden. Doch während man jetzt zu Recht die Todesurteile der SED-Richter einer Überprüfung unterziehen will, sind die Nazi-Blutrichter, die weitaus unmenschlichere Urteile gefällt haben, ungeschoren davongekommen. Welch doppelte Moral.

Auch den Nazi-Blutrichtern war doch bekannt, daß sie einem Unrechtsstaat dienten. So erklärte Göring bei einer Wahlveranstaltung am 3.3.1933: "Meine Maßnahmen werden nicht angekränkt werden durch irgendwelche juristischen Bedenken. Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten."

"Selbstverständlich wurden da und dort auch Unschuldige betroffen. Selbstverständlich wurde auch da und dort geschlagen, und es sind Rohheitsakte verübt worden ...", schrieb er in seinem Buch "Aufbau einer Nation".

Daran, daß es soweit kommen konnte, tragen auch die damaligen bürgerlichen Parteien eine gewisse Mitschuld. Durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, wodurch Artikel 114 (Freiheit der Person), Artikel 115 (Unverletzlichkeit der Wohnung), Artikel 116 (Aufhebung des Post- und Fernmeldegeheimnisses), Artikel 118 (Recht der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit), Artikel 124 (Koalitionsfreiheit) und Artikel 153 (Schutz des Eigentums) aufgehoben wurden, gaben sie Hitler die Waffen in die Hände, mit denen sie später selbst liquidiert wurden. Einfach unverständlich. Nur die SPD besaß so viel Mut und Verantwortungsgefühl, gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen.

Es war für die bürgerlichen Parteien auch nicht ein einmaliger Ausrutscher. Im April '33 in Bayern und zum 18.5.33 in Preußen gaben sie auch in diesen Landesparlamenten - allein gegen die Stimmen der SPD - ihre Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen dieser Landesregierungen, obwohl der Terror der Nazis jetzt offensichtlich war.

Abschließend besuchte ich mit meinen Angehörigen noch das ehemalige KZ Sachsenhausen in Oranienburg. Hier waren weitaus mehr Besucher als in den Gedenkstätten in Plötzensee und in der Stauffenbergstraße. Doch es stellte sich schnell heraus, daß es zum größten Teil Ausländer waren, die ihre Widerstandskämpfer gegen das Naziregime ehrten. In der Baracke, wo einst bekannte ausländische Nazigegner inhaftiert waren, lagen keine verwelkten Blumen, sondern frische Blumengebinde.

Muß man sich da nicht als Deutscher schämen?

Warum tut die Bundesregierung nichts dafür, uns diese Scham zu ersparen?

*Hans Bonkas*

# Briefe und Meinungen

Alle Briefe, die uns erreichen, werden sorgfältig gelesen. Nicht alle Briefe können veröffentlicht werden. Je kürzer ein Leserbrief ist, desto größer sind die Chancen zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Für veröffentlichte Leserbriefe übernehmen wir nur die presserechtliche Verantwortung.

## Kommentar

### Die Änderung des Asylrechts oder: Wie aus Opfern Täter werden

Bereits in der Septemбераusgabe 1986 dieser Zeitschrift habe ich mich zu Bestrebungen geäußert, Artikel 16 GG ("Politisch Verfolgte genießen Asyl") zu ändern. Waren damals die Initiatoren dieser Kampagne hauptsächlich im konservativen Lager zu suchen, muß heute festgestellt werden, daß sich zumindest auch die Führungsspitze der Deutschen Sozialdemokratie dieses Ziel auf ihre blaß-rosa Fahne geschrieben hat. Was ist passiert, daß sich diese Genossen und Genossen nicht mehr an die Geschichte und leidvollen Erfahrungen ihrer Väter und Großväter erinnern?

Sozialdemokraten hatten wesentlichen Einfluß daran, daß das Grundgesetz politisch Verfolgte einen individuellen Schutz gewährt, gerade weil sie zu den politisch Verfolgten in Deutschland bis 1945 gehörten, weil sie erfahren hatten, welche existentielle Bedeutung die Gewährung von Asyl haben kann. Aber auch vor Ort, wie z.B. in Gelnhausen, meinem Wohnort, trugen Sozialdemokraten sogenannte Petitionen mit, die pauschale Beschuldigungen über angebliche Eigentumsdelikte, Bedrohungen und Belästigungen durch Ausländer, seien es nun Asylanten oder nicht, erheben, und reden so der Stimmung der Straße das Wort, heizen so die Feindseligkeiten gegen Fremde und Fremdes mit an.

Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde bei der Ursachenforschung für Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien Konservativen vorgeworfen, sie hätten durch die Besetzung deren Positionen diese erst hoffähig, wählbar gemacht. Die Demontage des jetzigen Asylrechtes des Grundgesetzes, seine Aufhebung als subjektives Recht, seine geplante Abhängigkeit von einer wie auch immer gearteten "Aufnahmefähigkeit" - das Parteiprogramm der Republikaner läßt grüßen.

Politiker haben die Sorgen und Ängste ihres Volkes ernst zu nehmen. Dies entbindet sie jedoch nicht von der Verpflichtung, die Ursachen dafür zu untersuchen, aufzuzeigen und ihnen ggf. entgegenzuwirken. Die derzeitige Diskussion um das Asylrecht des Grundgesetzes läßt jedoch bei den Befürwortern seiner Änderung erkennen, daß sie entweder nicht wissen, worüber sie reden oder, was wahrscheinlicher ist, hoffen, hieraus (partei-)politisches Kapital schlagen

zu können. Das Asylrecht des Grundgesetzes schützt nur und ausschließlich die politisch Verfolgten. Das macht zwar die Überprüfung eines Asylantenantrags nicht leichter. Nur ist dies allein ein Problem des Asylverfahrens. Andere Flüchtlinge, welcher Art auch immer, werden durch Artikel 16 GG nicht geschützt.

Wenn Hunderttausende von Asylanträgen mangels einer nicht funktionierenden Flüchtlings- und Einwanderungsbehörde nicht bearbeitet werden, so spricht dies ebenfalls nicht für den Willen der politisch Verantwortlichen, das eigentliche Problem zu lösen. Diese rechtsverweigernde Untätigkeit macht vielmehr deutlich, daß ganz bewußt die Stimmung im Lande aufgeheizt werden soll, um einer Verfassungsänderung den Weg zu bereiten. Dabei wird die Angst vor der Fremdheit von Ausländern, die Unkenntnis über ihre kulturelle Herkunft und die Angst und Ungewißheit vieler über ihre soziale und materielle Zukunft, insbesondere im Zusammenhang mit den sich aus der deutschen Vereinigung ergebenden und nicht gelösten Problemen ausgenutzt. Ausländer werden zu Sündenböcken der eigenen Situation, der Inkompetenz und dem Versagen der eigenen Politik.

Dies ist in Deutschland, aber nicht nur hier, nichts Unbekanntes. Im europäischen und christlichen Kulturkreis haben besonders "die Juden" Fremdenangst und deren Folgen erfahren müssen. Die Gewalt gegen Fremde, gerade im Osten unserer Republik, erinnert fatal an unsere jüngere Geschichte. Damals wurden zunächst Geschäfte und Synagogen angezündet und zerstört, brannten Bücher. Jetzt werden "Asylantenheime" angezündet und zerstört.

Nach dem Zerfall des kommunistischen Machtblocks fehlt dem Westen der Intimfeind Nr. 1. Also müssen andere Feindbilder und Sündenböcke her, um vom eigenen Versagen abzulenken, um, wie man wohl hofft, Erfolge vorweisen zu können. Trotz oder gerade wegen der Probleme des Zusammenwachsens der beiden Teile Deutschlands läßt sich vielleicht so eine neue nationale Identität finden. Aber anstatt eine Diskussion um eine freiheitlichere, demokratischere und modernere Verfassung zu führen, sind wir dabei, ein durch unsere Geschichte begründetes, verfassungsmäßig abgesichertes Menschenrecht im ersten, nach der Vereinigung souveränen Verfassungsakt zu demontieren.

Verkannt wird, daß wir an den massenhaften Wanderungsbewegungen nicht schuldlos sind. Eine vielfach gescheiterte Entwicklungspolitik, eine weiter fortschreitende Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt,

auf die sich zum großen Teil unser Wohlstand gründet, und eine versagende Außenpolitik führen global zu wirtschaftlicher Unterentwicklung und hoffnungslos ungleichen Entwicklungschancen. Die Folge sind ökologische Krisen, regionale Kriege, unkontrolliertes Wachstum der Weltbevölkerung, nationalistische Bewegungen und ethnische Konflikte.

Eine ernst zu nehmende Präventivstrategie gegen die dadurch bedingten Flüchtlingsprobleme besteht aber nicht. Es existiert keine aktive Friedenspolitik unter Verzicht auf Rüstungsexporte. Es fehlt an einer glaubwürdigen Menschenrechtspolitik, wenn Diktaturen mit Rücksicht auf gute Exportgeschäfte toleriert werden, politisch Verfolgte und andere Flüchtlinge beispielsweise durch den Einsatz von UN-Friedenstruppen nicht geschützt werden. Die Entwicklungspolitik erreicht die Armen nicht und fördert somit die Migrationsbereitschaft gerade junger Menschen. Die Schuldenkrise, eine weitere Ursache der Verelendung, bleibt ungelöst.

Es verwundert daher nicht, daß die betroffenen Menschen insbesondere Deutschland aufgrund seiner demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung als Paradies auf Erden und bevorzugtes Einwanderungsland ansehen. Schon deswegen wird, die da oben beschriebene Präventivstrategie fehlt, eine Zuwanderung zu uns weiter stattfinden. Gerade die Politik muß daher deutlich machen, daß

wir nicht nur Einwanderungsland sind, sondern auch langfristig bleiben werden. Daran wird eine wie auch immer geartete Änderung des Asylrechts nichts, aber auch gar nichts ändern.

Die politische Idee eines vereinigten Europa hat den Blick über die jeweiligen nationalen Grenzen erweitert. Nur: Auch jenseits der Grenze eines geeinten Europa leben Menschen, die ein Recht auf ein menschengerechtes Dasein haben. Bei aller Problematik der gerade von den Kirchen beschworenen "Bereitschaft zum Teilen" der Deutschen untereinander und einer daraus abgeleiteten globalen Handlungsmaxime, verpflichten uns nicht nur unser Wohlstand, sondern auch moralische und ethische Prinzipien und eine mitmenschliche Solidarität, existentielle Bedrohungen anderer Menschen abzuwenden. Dazu gehört unverzichtbar ein uneingeschränktes Asylrecht politisch verfolgter Menschen. Ein liberales und großzügiges "Migrationsrecht" auf dem Hintergrund globaler Verantwortung verlangt darüberhinaus auch die Anerkennung wirtschaftlicher Not, Kriegsbedrohung und Naturkatastrophen als Flucht- und Einwanderungsgründe. Daß es dafür einer grundlegenden Änderung des Problembewußtseins bedarf, muß nicht besonders betont werden: Nicht wir sind die Opfer, das sind allein die Flüchtlinge und Verfolgten.

Hartmut Schutz

Zur Ausgabe 1/92 unserer Zeitung erreichte uns ein Leserbrief, den wir ungekürzt veröffentlichen:

### Parteien-Verdrossenheit und Nationale Frage

Die führenden Gremien der politischen Parteien, ja, sogar die sonst recht kritischen Kommentatoren der Medienlandschaft beklagen die Wahl-Ergebnisse in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Sie befürchten eine Neigung der Wählerschaft zum Rechts-Extremismus. Einige beruhigen sich mit dem Begriff "Protest-Wahl". Nirgendwo ist der naheliegendste Hinweis zu finden, wo das große Potential der Nicht-Wähler und das wesentlich kleinere der Wähler ausgesprochener Rechtsparteien zu suchen ist. Der Begriff "Rechtsradikale" ist nur der Suche nach einem Buh-Mann entsprungen, denn die paar Skinheads und sonstigen Randalierer sind parteipolitisch überhaupt nicht einzuordnen, sie zählen nur nach Hunderten bzw. Tausenden, nicht aber nach Millionen. Daß aber die Vertriebenen (die Erlebnisgeneration) und die nachfolgende Jugend (die Bekenntnisgeneration) nach den Gewerkschaften die stärkste, nach Millionen zählende Kraft darstellt, wird - bewußt oder unbewußt - völlig übergangen.

Diese Millionen von Wahlberechtigten sind parteipolitisch heimatlos geworden. Sie finden keine Partei unter den etablierten, die sich der nationalen Frage annimmt.

Die Minister, die einmal das GG beschworen haben ("Schaden vom Deutschen Volk abzuwenden"), Politiker, die lautstark verkündet haben "Verzicht ist Verrat" im Hinblick auf Ostdeutschland wie Brandt, Ollenhauer und Wehner 1964 in Hannover und vorher schon Adenauer, verstecken sich hinter Äußerungen ausländischer Politiker oder dem Grundsatz "pacta sunt servanda" (Verträge müssen eingehalten werden), obwohl nationales und internationales Recht eindeutig deren Rechtswidrigkeit begründen. Noch leben über eine Million Deutscher in Ostdeutschland, haben viele Polen aus gutem Grund deutsche Bürgermeister gewählt, begrüßt der russische "Regierungspräsident" Nordostpreußen jeden Deutschen, der sich dort ansiedelt, aber ein deutscher(!) Minister wollte z.B. "Ostpreußen nicht einmal geschenkt haben".

Hier ist ein politisches Vakuum entstanden, das vom Reichsbanner ausgefüllt werden kann, indem es vor allem den Nichtwählern, den von den Parteien Enttäuschten eine Heimstatt bietet, in der sie sich politisch als aktive Demokraten betätigen und von wo aus sie Einfluß auf die parteipolitische Landschaft nehmen können. Politische Resignation ist das Dummste, was ein Demokrat tun kann. Noch gibt es Abgeordnete auf allen Ebenen, die er ansprechen kann, was er auch nachhaltig tun soll, denn "nichts ist endgültig geregelt, was nicht gerecht geregelt ist", völkerrechtswidrige Verträge sind eben nicht einzuhalten. Im Gegensatz zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kann eine deutsche Regierung aus einer Position der Stärke operieren. Das

ist nicht ein Akt der Überheblichkeit, sondern gesunden, politischen Verstandes. Hier ist nicht Diplomatie gefragt, sondern eine Politik, die auch die Generationen nach uns einschließt.

*Siegfried Keiling*

## Aus der Geschichte lernen

### Zur Geschichte des Reichsbanners nach der Machtübergabe an Hitler

**30.01.33**

Der Reichstagsabgeordnete Julius Leber wird in der Nacht von bewaffneten SA-Leuten überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt.

R. Breitscheid erklärt auf einer gemeinsamen Sitzung von SPD-Vorstand und Eiserner Front: "Die Arbeiterschaft steht bereit, um den Abwehrkampf gegen alle reaktionären Bestrebungen mit allen verfügbaren Mitteln zu führen".

**07.02.33**

Auf einer Massenversammlung mit über 200 000 Teilnehmern des Reichsbanners und der SPD im Lustgarten in Berlin erklärt Otto Wels: "Ein Stacheldraht von Verboten, Strafandrohungen umgibt uns, wohin wir blicken".

**17.02.33**

In Berlin beginnt die letzte Generalversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Sie gedenkt der für die Republik gefallenen Mitglieder und jener 3475 Reichsbannerleute, die wegen ihres Einsatzes zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Ein Aufruf an das deutsche Volk hebt hervor: "Um Deutschlands willen geht das Reichsbanner wiederum in den Kampf für die Einheit, das Recht und die Freiheit der Nation. Die Wiederherstellung der Demokratie ist zur Lebensfrage für Deutschland geworden". Abschließend erfolgte ein Massenaufmarsch im Lustgarten.

**21.02.33**

Verbot der Reichsbannerzeitung für einige Tage.

**06.03.33.**

Verbot des Reichsbanner und der Eisernen Front in Thüringen.

**07.03.33**

Verbot des Reichsbanners für 3 Monate in Preußen sowie der Plakate des Reichsbanners.

**10.03.33**

Die SA besetzt die Bundesgeschäftsstelle des Reichsbanners in Magdeburg. Gleichzeitig wird der Magdeburger Oberbürgermeister Ernst Reuter in Schutzhaft genommen.

**11.03.33**

Auch in Bayern, Sachsen und Thüringen wird das Reichsbanner verboten.

**17.03.33**

In Württemberg, Baden, Hessen und Mecklenburg wird das Reichsbanner verboten.

**29.03.33**

Das Verbot der SPD und der Reichsbanner-Presse in Preußen wird bis auf weiteres verlängert.

**10.05.33**

In Berlin verfügt der Generalstaatsanwalt eine Beschlagnahme des gesamten Vermögens der SPD und des Reichsbanners. Davon sind auch alle Zeitungen betroffen.

**14.06.33**

Gegen SPD und Reichsbanner beginnt eine neue Terrorwelle.

**22.06.33**

Innenminister Frick erklärt die SPD und das Reichsbanner für volksfeindlich. Er fordert alle Landesregierungen auf, gegen die SPD und das Reichsbanner die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Der SPD kann auch nicht gewährt werden, sich in irgendeiner Form propagandistisch zu betätigen. Versammlungen der SPD und des Reichsbanners werden strengstens verboten. Während der "Köpenicker Blutwoche" verhaften und mißhandeln SA-Angehörige zahlreiche politische Gegner, insbesondere Sozialdemokraten, Reichsbanner-Angehörige, Juden und Katholiken. 70 Personen bleiben seither verschwunden. 21 Morde, die ungesühnt blieben, sind nachweisbar. Zu ihnen gehört auch der Mord an Johannes Stellin, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Reichsbanners. Seine furchtbar verstümmelte Leiche wurde später aus dem Finow-Kanal gezogen.

**29.06.33**

Innerhalb einer Woche werden über 3000 Sozialdemokraten und Mitglieder des Reichsbanners verhaftet, darunter Löbe, Westphal, Bauer und Fröhlich.

*(Die Daten und Fakten wurden von Hans Bonkas aufgearbeitet)*

## Reichsbanner intern

### Bundesvorstand tagt in Magdeburg

59 Jahre nach der Besetzung der Bundesgeschäftsstelle des Reichsbanners in Magdeburg (10. März 1933) tagt der Bundesvorstand wieder in Magdeburg.

**Am 28. Oktober 1992** werden wir in dieser geschichtsträchtigen und für unser Reichsbanner wichtigen Stadt zu Gast sein.

Im Anschluß an die Sitzung des Bundesvorstandes sind

eine Delegiertenkonferenz und eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung geplant.

Wir werden in der Dezember-Ausgabe '92 unserer Zeitung ausführlich über die Veranstaltungen berichten.

K.H.J.

## Ortsverein Frankfurt am Main

Die Busfahrt des Frankfurter Ortsvereins, welche uns am 14.8.1992 zur Besichtigung der ältesten deutschen Stadt Trier führte, fand bei den 56 Teilnehmern wieder einen guten Anklang. Die fachlichen und sachlichen Erklärungen eines Fremdenführers kamen uns dabei sehr zu Nutzen.

Außer seinen historischen Baudenkmalern ist Trier auch die Geburtsstadt von Karl Marx, ohne den die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht denkbar ist.

Nach einer gemütlichen Mittagspause in einem schönen Ferienheim der Arbeiterwohlfahrt Trier, bei der der Geschäftsführer des Hauses eine kleine Ansprache hielt, bot die anschließende Fahrt entlang der Mosel, durch viele Weinberge, landschaftlich einmalig reizvolle Eindrücke. Den Abschluß der Fahrt bildete ein Besuch des romantischen Städtchens Bernkastel, mit einer kurzen Dampferfahrt auf der Mosel und einem Bummel durch die unzerstörte Altstadt mit vielen bunten Fachwerkhäusern. Ein gelungener Ausflug!

Am 17. Oktober 1992 ist die nächste öffentliche Veranstaltung im Bürgerhaus Bornheim mit einem Vortrag von Alexander Matwejew, Erfurt. Das aktuelle Thema lautet: "2 Jahre nach Öffnung der Mauer".

Am 28. November ist unsere Jahresabschlußveranstaltung mit musikalischer Umrahmung und Ehrung der Jubilare. Sie findet ebenfalls im Bürgerhaus Bornheim statt.

Alfred Körner

## Bücher, Bücher

### Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 - 1945

Die "Lebensschicksale der ehemaligen Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik ab 1933" waren Gegenstand eines vom Deutschen Bundestag geförderten Forschungsprojekts, dessen Bilanz mit diesem Band vorgestellt wird. Stichwortartige Lebensläufe aller 1795 Mitglieder der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Reichstages bis 1933 bilden das Kernstück des vorliegenden Buches. Hunderte der

aus Politik und Wirtschaft "ausgeschalteten" M.d.R. waren aufgrund ihrer politischen Vergangenheit, ihrer jüdischen Herkunft, ihrer Beteiligung am Widerstand schweren Verfolgungen ausgesetzt: Ermordet, inhaftiert, exiliert. Auch diese Schicksale gehören zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. In den Kurzfassungen der Lebensläufe sind leider bei den Mitgliedern von SPD, DDP bzw. Deutsche Staatspartei und Zentrum keine Hinweise auf Tätigkeiten im Reichsbanner zu finden, mit einer Ausnahme: Bei Karl Höltermann heißt es, "Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, war 1933 'der am intensivsten von der SA gesuchte Mann in Deutschland. Es gelang ihm, noch rechtzeitig ins Ausland zu flüchten'. Otto Hörning war Mitbegründer und erster Bundesführer, Ernst Lemmer war stellvertretender Bundesführer, aber bei ihnen war es offensichtlich nicht erwähnenswert. Das mindert aber keineswegs den Wert dieser Dokumentation, zumal viele RB-Mitglieder und Freunde mit ausführlichen Kommentaren Erwähnung gefunden haben. Otto Braun, letzter preußischer Ministerpräsident, im Exil gestorben (Schweiz), Dr. Rudolf Breitscheid, im KZ Buchenwald einem Bombenangriff zum Opfer gefallen, Dr. Theodor Heuß, Autor von "Hitlers Weg" - das Buch wurde verboten - erhielt Berufsverbot als Schriftsteller, Dr. Wilhelm Hoegner, 1934 in die Schweiz emigriert, vorher in Österreich untergetaucht, Ehrenmitglied des reaktivierten RB, Dr. theol. Ludwig Kaas, seit April 1933 in Rom, Dr. Julius Leber, am 5.1.1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet, Paul Löbe, langjähriger Reichstagspräsident, nach Aufenthalt in verschiedenen Gefängnissen bis Dezember 1944 KZ Groß-Rosen, Otto Nuschke, mehrmals verhaftet, Verbindung zum "Kreissauer Kreis", ab Juli 1944 bei Freunden in Berlin versteckt, Dr. Kurt Schumacher, in verschiedenen KZ's, zuletzt KZ Neuengamme, im September 1944 entlassen und bis Kriegsende untergetaucht. Carl Severing, zuletzt Preußischer Innenminister: "Ich bin zwar in keinem der verflossenen Jahre unbehelligt geblieben, aber das Lager- und Zuchthausleben habe ich Gott sei Dank nicht kennengelernt".

Selbstverständlich sind auch die KPD-Größen wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht und die der NSDAP mit mehr oder weniger ausführlichen Kommentaren vertreten. Durch Fotos und Dokumente in Faksimile stark aufgelockert, ist das 686 Seiten starke Werk nicht nur als Nachschlagewerk geeignet, sondern bietet mit seinen z.T. erschütternden Lebensschicksalen einen viele Tage in Anspruch nehmenden Lesestoff für den politischen und historisch Interessierten. Die o.a. Namensauswahl war sowohl durch persönliche Bekanntschaft bedingt als auch dem Zufall überlassen. Immerhin war der Verlag an einer Rezension in "Das Reichsbanner" interessiert.

Siegfried Keiling

Martin Schumacher (Herausgeber): Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus - Politischer Verfolgung. Emigration und Ausbürgerung - 686 S. Brosch. - Droste Verlag Düsseldorf 1992, zu beziehen bei RB-Ortsverein Bad Homburg, Sindlinger Weg 1 - DM 29,80.

## Namen, Nachrichten, Notizen

### Pflegeversicherung ohne "Üble Finanzierungstricks"

Die rasche Verwirklichung der Pflegeversicherung ohne "üble Finanzierungstricks" forderte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer am 18.9.92 in Gießen.

Bei einer Kundgebung des DGB bezeichnete Engelen-Kefer die Pläne zur Einführung eines Karenztages als den bisher schlimmsten Angriff auf den Sozialstaat. Kranke Arbeitnehmer sollen verpflichtet werden, den Arbeitgeberbeitrag für eine Pflegeversicherung zu bezahlen. Nach dem Konzept der Bundesregierung sollen die Arbeitgeber von der Einführung einer Pflegeversicherung sogar noch profitieren. Das vorgesehene Entlastungsvolumen für die Wirtschaft sei größer als der zu zahlende Arbeitgeberbeitrag.

"Allein bei einer gerechteren Finanzierung der deutschen Einheit könnte die Absicherung Pflegebedürftiger in der Sozialversicherung belastungsneutral für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlt werden", erklärte Engelen-Kefer.

Der Beitragssatz zur Sozialversicherung könnte um gut drei Prozent gesenkt werden, wenn nicht die Beitragszahler den größten Teil der nicht auf Pump finanzierten Einheitskosten tragen müßten. Allein 1992 werden rund 45 Milliarden DM aus den Sozialkassen in die neuen Bundesländer transferiert. Selbständige, Freiberufler und Beamte seien in keiner Weise an dieser Finanzierung beteiligt.

Engelen-Kefer wies darauf hin, daß aufgrund des Sozialabbaus der achtziger Jahre der Anteil der Sozialleistungen am Sozialprodukt in den letzten zehn Jahren um drei Prozentpunkte gesunken sei: von einer gesamtwirtschaftlichen Überforderung durch die Sozialpolitik könne also keine Rede sein. Notwendig sei vor allem eine sozial gerechte Finanzierung der Einheitskosten. Hier liegt ein wichtiger Schlüssel für den sozialen Frieden in Deutschland.

K.H.J.

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

### Versicherte durch Gesundheits-"Reform" zweifach zur Kasse gebeten

Die Gesundheits- und Sozialpolitiker der Regierungskoalition versuchen, sich in bewährter Manier wieder einmal aus der finanziellen Klemme zu lösen. Um die gestiegenen Ausgaben im Gesundheitswesen abzufangen, sollen die Patienten das entstandene Finanzloch durch erneute Zuzahlungen in Höhe von 3,2 Mrd. DM stopfen helfen. Der den Leistungsanbietern abverlangte Sparbeitrag (8 Mrd. DM) steht wie schon in der letzten "Reform"-Runde wieder einmal in den Sternen. Der vermeintliche Durchbruch bei der Pflegeversicherung enthält dazu gleich mehrere Pferdefüße: Die Finanzierung ist unseriös, die Versicherten sollen zu allem Überfluß auch noch die Lasten der Arbeitgeber übernehmen.

K.H.J.

### Jetzige Wohnungsbaupolitik ist unfähig, die Wohnungsnot zu beenden

Die Lücke auf dem Wohnungsmarkt wird immer größer, der Kampf um eine Bleibe vor allem in den Städten und Ballungszentren immer heftiger. Mietpreiserhöhungen fressen immer größere Anteile der Einkommen von Arbeitnehmer-Haushalten auf. Ein Verdrängungswettbewerb gegenüber denen, die hier nicht mithalten können, ist in Deutschland-West in Gang gekommen. Ähnliches könnte sich demnächst in Deutschland-Ost abspielen. Ungenügender Wohnungsbau ist neben Kostenerhöhungen dafür die Hauptursache. Dagegen hilft auch kein Wohngeld. Nimmt der Staat seine Verpflichtung, für ausreichenden Wohnraum zu sorgen, nicht ernst, droht angesichts des weiteren Zuzugs von außen eine soziale Katastrophe.

K.H.J.

In einer Zeit des politischen Aufbruchs sind die Erfahrungen der Demokraten wichtiger denn je. Darum bittet die Redaktion die Kameraden darum, für das Reichsbanner und seine Zeitung zu werben.

Ich bestelle die Zeitschrift DAS REICHSBANNER  
- Forum aktiver Demokraten.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Ich bin auch an einer Mitgliedschaft im  
REICHSBANNER interessiert: Ja / Nein